Amts- und Anzeigeblatt

für den Amtsgerichtsbezirk Eibenstock und dessen Umgebung

Bezugspreis vierteljährlich 4 Mk. 50 Pfg. oder monatlich 1 Mk. 50 Pfg. in der Geschäftsstelle, bei unseren Boten sowie bei allen Reichspostanstalten. — Erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage für den folgenden Tag.

Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebs der Zeitung, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Tel.-Adr.: Amtsblatt.

Tageblatt für Eibenstock, Carlsfeld, Handshübel, Neuheide, Oberstützengrün, Schönheide, Schönheiderhammer, Sosa, Unterstützengrün, Wildenthal usw.

Verantwortl. Schriftleiter, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.

Anzeigenpreis: die kleinspaltige Zeile 25 Pfg. Im Reklameteil die Zeile 60 Pfg. Im amtlichen Teile die gespaltene Zeile 45 Pfg.
Annahme der Anzeigen bis spätestens vormittags 10 Uhr, für größere Tags vorher.
Eine Gewähr für die Aufnahme der Anzeigen am nächsten oder am vorgeschriebenen Tage sowie an bestimmter Stelle wird nicht gegeben, ebensowenig für die Richtigkeit der durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen.

Fernsprecher Nr. 110.

66. Jahrgang.

№ 257. Donnerstag, den 6. November **1919.**

Militärleihpferde.

Die **Musterungen** der **Leihpferde** fallen infolge Bahnsperre bis auf weiteres aus.

Die **Bekanntmachung** der unterzeichneten Amtshauptmannschaft **vom 1. November 1919, abgedruckt in Nr. 254 des Erzgeb. Volksfreund vom 2. November 1919, wird deshalb hiermit aufgehoben.**

Die **Leihpferde** sind also bis auf weiteres **nicht vorzuführen.**

Schwarzenberg, am 4. November 1919.

Die Amtshauptmannschaft. Dg.

Gasabgabe

wird voraussichtlich morgen wegen Kohlenmangel vollständig unterbrochen werden.

Eibenstock, den 5. November 1919. **Der Stadtrat.**

Das große Reinemachen.

Zwei Zahlen hat der Reichsfinanzminister Erzberger vor der Annahme des Reichshaushaltes durch die Nationalversammlung mitgeteilt, die es jedem Deutschen klar machen, daß die Jahre eines Lebens in Saus und Braus für uns vorüber sind. Vor dem Kriege schloß der gesamte Etat mit $2^1/_4$ Milliarden Mark ab, heute sind es $57^1/_2$ Milliarden. Daß wir unter solchen Belastungen an nichts anderes denken können als sparen, sparen und nochmals sparen, ist klar, und darum soll auch das große Reinemachen Platz greifen, das zahlreiche Ausgabeposten beseitigt. Wenn das Reich damit anfängt, müssen auch die Staaten und Gemeinden folgen. Die Bürokratie und der Schlendrian sollen die Wirkung des Reinigungsmittels des Finanzministers erfahren, und die Steuerzahler können nur wünschen, daß aus der Ankündigung unbedingte Wirklichkeit wird.

Es ist schon lange vor der Revolution darauf hingewiesen, daß wir uns mit unseren Ausgaben im Innern auf einer abschüssigen Bahn befänden. Es lag kein Grund vor, die Kriegsgesellschaften so reichlich auszustatten, und schon von 1916 an konnten den Kriegslieferanten die Gewinne ganz gehörig beschnitten werden. Die dringenden Aufforderungen an die Reichsregierung blieben erfolglos, es sollte die Möglichkeit zu reichlichen Lohnzahlungen an die Arbeiter bestehen bleiben. Diese gut gemeinte Absicht zeitigte aber wieder unerfreuliche Wirkungen, alle Bedürfnisse und Lebensmittel wurden teurer und immer teurer, so daß die Arbeiter von ihrem hohen Lohn auch nicht viel hatten. Seit der Revolution ging es auf dieser Bahn noch schneller vorwärts, und heute ist es natürlich ein Kunststück abzubauen. Und doch bleibt nichts anderes übrig, weil außerdem alle Sparsamkeitspläne fromme Wünsche bleiben werden. Was hilft es, wenn in den Reichsbüros 50 Millionen gespart werden, wenn in den Reichsbetrieben 500 Millionen mehr ausgegeben werden?

Was hilft auch die amtliche Sparsamkeit, wenn im Volke Verschwendung herrscht? Und die ist, zum Teil wenigstens, zu konstatieren. So sind Unsummen für Genußmittel, die wohl angenehm, aber doch nicht unbedingt nötig sind, ins Ausland gegangen. Gewiß ist jedem das Beste zu gönnen, aber die tatsächlichen Verhältnisse dürfen doch darüber nicht vergessen werden. Es ist ja auch allgemein bekannt, daß den Bauern mehr Geld für Lebensmittel aufgedrängt ist, als sie haben wollten, und nachher gab es dann oft kein Maß und kein Ziel mehr. Niemals hätte eine Gans 100 Mark gekostet, wenn das Publikum ein paar Wochen zurückhaltend gewesen wäre. Und so läßt sich vieles vorbringen. Vom Kriegsgewinn sind wir zu den enormen Löhnen, von Hamstern und Schleichhandel zum Wucher, von den wilden Streiks zum Valutasturz gekommen.

Arbeitslust und Bürgersinn können uns allein aufhelfen, und hohe Steuern sind gewiß immer noch besser als Reichsbankrott. Aber der gute Wille, mit dem morgens an die Arbeit herangegangen wird, muß erlahmen, wenn schon vor Mittag wieder neue Alarmgerüchte kommen. Auch in dieser Beziehung muß ein großes Reinemachen erfolgen. Es geht nicht an, daß bloß an der äußeren Oberfläche der Reichseinrichtungen etwas Staub gewischt wird, es muß gründlich nachgesehen werden. Und es muß auch ausgesprochen werden, daß der Intelligenz für das Arbeits- und Wirtschaftsleben diejenige Stelle eingeräumt werden muß, die sie verdient. Fragen wir uns einmal selbst, wie es wohl heute mit Lebenshaltung und Arbeit in Deutschland stände, wenn die führenden Elemente in Handel und Gewerbe, Industrie und Landwirtschaft mit gekreuzten Armen allem Trubel untätig zugesehen hätten? Wir wären am Verhungern! Wm.

Auswärtiges.

Der Franzose gilt persönlich als liebenswürdig, und das Wort „Gentleman", das einen innerlich ehrenhaften und äußerlich korrekten Menschen bezeichnet, ist englisch. Zur Zeit sind aber darauf nicht die Beziehungen von Westeuropa zu Deutschland aufzubauen, auch nicht auf dem Programm des französischen Generalkommissars Tirand für die Rheinlande, das deutsche Schulwesen mit französischem Geiste zu durchdringen. Uns könnte unter normalen Verhältnissen „gallische" Lebensfreude in angemessener Dosis nichts schaden, auch von rechtlicher Höflichkeit könnten wir noch ein Stück gebrauchen, aber die Gegenwart ist für solche Versuche nicht geeignet. Völker werden im allgemeinen nähergeführt durch Not, durch die Freude über gemeinsame Errungenschaften und durch Gewohnheit und politische Konstellationen. Wir wollen gewiß wünschen, daß die Not unterbleiben möge, und daß dafür Kulturerrungenschaften das Werk einer Wiederannäherung übernehmen. Auch die Gewohnheit, die nach 1871 doch schließlich etwas geholfen hat, mag nützen. Wie weit die politische Konstellation zu einer Versöhnung beiträgt, das müssen wir abwarten, da wir keine aktive Auslandspolitik treiben können, hängt das auch nicht von uns ab, und wir können uns aller Vermutungen darüber enthalten.

Deutschlands Wertschätzung gegenüber den ausländischen Staaten hängt von dem ab, was es aus sich selbst macht. Wie zur Stunde die Dinge liegen, wirken technische und wissenschaftliche Großtaten wie die Konstruktion eines Luftschiffes, das anstandslos von Europa nach Amerika fliegt, und so weit sind wir doch bald, eindrucksvoller, als lange diplomatische Noten auf die Völker. Denn die Politik der Völker wird immer vom Gefühl beeinflußt sein, während die der Regierungen sich von Gesichtspunkten der Macht leiten läßt. Das hat auch Premierminister Clemenceau in Paris mit zweifelloser Deutlichkeit ausgesprochen. Aber die Gebote der Notwendigkeit dürfen dabei nicht außer acht gelassen werden. Auch bei wiederhergestelltem Arbeitswillen kann das deutsche Reich nur etwas leisten, wenn es satt ist und Arbeitsmaterial besitzt. Darum war auch die Ostseeblockade ein Fehlgriff der Entente, denn sie hemmt uns in unseren Leistungen und damit in letzter Linie auch in der Erfüllung unserer Verpflichtungen. Wie wir keine Freundschaft oder gar Versöhnung vom Westen her zunächst erwarten können, und dagegen spricht der Friedensvertrag, so liegt eine gewisse Kulanz doch im allseitigen Interesse. Denn Entgegenkommen erweckt ein Eingehen darauf.

Die Würdelosigkeit, die in einem Nachlassen liegt, müssen wir von uns fernhalten, ganz besonders auch nach dem Westen hin. Denn für diese weiten Gebiete, Polen, Ukraine, Baltenland und Moskau, ist Deutschland stets der Wohltäter und Lehrer gewesen und wird dies auch bleiben. Franzosen und Engländer sind die Freunde der Polen, aber es liegt ihnen nicht, sich in die polnischen Verhältnisse hineinzufinden, und noch weniger in diejenigen Rußlands. Das bringt nur der Deutsche fertig, der der natürliche Vermittler für das wirtschaftliche Leben des Ostens ist. Das wird sich bald genug zeigen, und es wird sich ergeben, daß, mag auch die Regierung in Warschau nach Paris und London schauen, sie doch Berlin nicht entbehren kann. Der Handel und die Produktion in Polen werden Anschluß in Deutschland suchen, wo sie den größten Vorteil haben. Auch die ehemaligen Länder der habsburgischen Monarchie und Italien werden lieber mit Deutschland Geschäfte machen, weil dies für ihre Verhältnisse größeres Verständnis zeigt, als andere Staaten. Das ist unvergessen, und das ist unser Haben in unserem politischen Zusammenbruch. Wm.

Tagesgeschichte.

Deutschland.

— Die neue Reichskriegsflagge. Das „Marineverordnungsblatt" bringt einen Erlaß über die Flagge des Reichspräsidenten (Reichsfarben mit Adlerschild in der Mitte), die Flagge des Reichswehrministers (Reichsfarben mit Eisernem Kreuz in der Mitte) und die Reichskriegsflagge, in deren bisheriges Muster der neue Reichsadler in der Mitte und die Reichsfarben mit Eisernem Kreuz in der inneren oberen Ecke aufgenommen sind. Der Zeitpunkt der Einführung der neuen Reichskriegsflagge bleibt vorbehalten.

— Die Unersättlichen. Die deutsche Regierung hat auf die Note der Alliierten, in welcher die Auslieferung von 5 in den Jahren 1915/16 an die Niederlande verkauften deutschen Schiffen verlangt wurde, geantwortet, daß sie den Verkauf als nicht mit den Waffenstillstandsbedingungen in Widerspruch stehend erachte. Sie sei aber bereit, sich einer schiedsrichterlichen Entscheidung zu unterwerfen.

— Ausweisung des Oberbürgermeisters von Wiesbaden. Der Oberbürgermeister von Wiesbaden, Dr. Glässing, hat nach einer Meldung der „Frankfurter Zeitung" Montag früh von den Franzosen den Ausweisungsbefehl erhalten. Er muß innerhalb 48 Stunden in Begleitung französischer Gendarmen das besetzte Gebiet verlassen.

— Keine neue Zollgrenze im Westen. An zuständiger Stelle erfährt die „Deux": In einer kürzlich durch die Presse gegangenen Zuschrift wurde behauptet, daß durch Anordnung des Reichsernährungsministeriums und des Reichswirtschaftsministeriums die westliche Zollgrenze vorübergehend auf das rechte Rheinufer verlegt und daß neben der früheren Reichszollgrenze eine neue Zollgrenze geschaffen worden sei. Diese Auffassung ist unberechtigt. Das Reichswirtschaftsministerium hat keine Zollgrenze verlegt oder geschaffen, sondern nur Maßnahmen getroffen, um diejenigen Lebensmittel, die in Deutschland infolge der Knappheit noch zentral bewirtschaftet und verteilt werden müssen und nicht dem freien Handel überlassen werden können, der zentralen Bewirtschaftung und Verteilung zuzuführen. Da diese Erfassung infolge Behinderung durch die Besatzungsbehörden nicht in gleicher Weise wie an den übrigen Reichsgrenzen möglich ist, mußte die Erfassungsorganisation an der Grenze des besetzten Gebietes eingerichtet werden. Hieran kann der reelle Handel, dem Betätigung auf dem Gebiete der zentralisierten Lebensmittel vorerst nirgends möglich ist, keinen Anstoß nehmen. Es soll der illegale Handel, der preistreibend wirkt, getroffen werden. Ob dem Schiebertum durch die Grenzorganisation ein wirksamer Riegel vorgeschoben ist, wird die weitere Erfahrung zeigen. Von seiten des Reichswirtschaftsministeriums jedenfalls sind die nötigen Anordnungen getroffen, um Umgehungen der Auffassungsorganisation so schwer wie möglich zu machen.

Frankreich.

— Abtransport der Gefangenen aus Frankreich. Aus Paris, 3. November wird ge-